

# Wahlregeln, Klassenkoalitionen und Wohlfahrtsstaatsregime – oder: wie man Esping-Andersen mit Stein Rokkan erklären kann

## Electoral Rules, Class-coalitions, and Welfare State Regimes, or: How to Explain Esping-Andersen with Stein Rokkan

Philip Manow\*

Universität Konstanz, FB Politik-/Verwaltungswissenschaft, Postfach D 79, D-78457 Konstanz

E-Mail: Philip.Manow@uni-konstanz.de

Für Jens Alber

**Zusammenfassung:** Seit der Veröffentlichung von Esping-Andersens *The Three Worlds of Welfare Capitalism* wissen wir, dass sich die entwickelten Wohlfahrtsstaaten des Westens sinnvoll in drei verschiedene Regime unterteilen lassen: in einen nordisch-skandinavischen oder sozialdemokratischen, einen kontinentaleuropäischen oder konservativen sowie einen angelsächsisch bzw. liberalen Wohlfahrtsstaat. Warum sich die modernen westlichen Wohlfahrtsstaaten in dieses Muster einfügen, ist jedoch weiterhin kontrovers. Dieser Beitrag entwickelt ein Argument, das in der Lage ist, der Esping-Andersenschen Regimetypologie eine historisch-kausale Fundierung zu geben. Das Argument verbindet das Wissen um die Bedeutung von Wahlsystemen für die politische Repräsentation von sozio-ökonomischen Interessenlagen mit unserem Wissen über die unterschiedlichen gesellschaftlichen ‚cleavages‘, die die Parteiensysteme in Skandinavien und auf dem Kontinent geprägt haben. Die zentrale These des Aufsatzes lautet, dass ein Mehrheitswahlssystem zu einem liberalen Wohlfahrtsstaat führt, während in den Ländern mit Verhältniswahlssystem entweder Koalitionen aus Sozialdemokratie und Agrarparteien (Skandinavien) oder aus Sozial- und Christdemokratie (Kontinentaleuropa) für den Ausbau der jeweiligen Wohlfahrtsstaaten verantwortlich zeichneten.

**Summary:** We know since the publication of Esping-Andersen's *Three Worlds of Welfare Capitalism* that the advanced Western welfare state comes in at least three variants: either as a Nordic social-democratic regime, or as a conservative regime on the European continent, or as a liberal welfare state regime in the Anglo-Saxon countries. Yet, why exactly welfare states fit into this three-regime typology remains controversial. This article presents an argument which provides the three-regime heuristic with a historical foundation. The argument combines insights into the importance of electoral rules for the representation of socio-economic interests (of the lower and middle classes) with insights about the different cleavage structures which have left their imprint on the party systems of Western Europe. This article's central claim is that a majoritarian electoral system leads to a residual-liberal welfare state, whereas in countries with proportional representation either a red-green coalition between social democratic and agrarian parties (Scandinavia) or a red-black coalition between Social Democracy and Christian Democracy (on the continent) has been responsible for the build-up of the Nordic and continental welfare states respectively.

\* Dieser Aufsatz ist entstanden im Kontext eines internationalen Forschungsprojektes über ‚Religion and the Welfare State‘ (Leitung: Kees van Kersbergen, Freie Universität Amsterdam sowie Philip Manow, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln/ Universität Konstanz). Ergebnisse des Projekts erscheinen in Kersbergen/Manow (2008). Frühere Fassungen des Papiers wurden vorgestellt am Center for European Studies (Harvard), am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Köln), am CEVIPOF und CEPREMAP (Paris), dem Political Economy-Seminar der Oxford University, an der Universität Bern, der Universität Münster sowie der Korea University (Seoul). Ich bin den Seminarteilnehmern für hilfreiche

Kommentare und Kritik sehr dankbar. Insbesondere danken möchte ich Kees van Kersbergen, Torben Iversen, Thomas Ertman, Phillippe Schmitter, Gerhard Lehmbruch, David Soskice, Kimberley Morgan, David Rueda, Thomas Plümper, Silja Häuserman, Peter Gourevitch und zwei anonymen Gutachtern der Zeitschrift für Soziologie. Ich bin außerdem Holger Döring für seine exzellente Unterstützung bei der Datenaufbereitung und Dominic Heinz als studentischer Hilfskraft sehr zu Dank verpflichtet. Dank auch für die Förderung durch das Exzellenzcluster ‚Kulturelle Grundlagen gesellschaftlicher Integration‘ der Universität Konstanz.

## 1. Einleitung

Die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung befindet sich in einer paradoxen Lage: Sie verfügt über eine leidlich gut funktionierende Heuristik, aber sie hat keine überzeugende Theorie, die begründet, warum ihre Heuristik so gut funktioniert. Seit der Veröffentlichung von Esping-Andersens *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (Esping-Andersen 1990) wissen wir, dass sich die entwickelten Wohlfahrtsstaaten des Westens sinnvoll in drei verschiedene Typen oder Regime unterteilen lassen: in einen nordisch-skandinavischen oder sozialdemokratischen, einen kontinentaleuropäischen oder konservativen sowie einen angelsächsisch bzw. liberalen Wohlfahrtsstaat. Warum sich aber die modernen westlichen Wohlfahrtsstaaten in dieses Muster einfügen, was die historischen Gründe für die systematische Variation zwischen ihnen sind, und warum die ‚Drei-Regime‘-Heuristik in ganz unterschiedlichen Forschungskontexten so gut funktioniert, ist weiterhin kontrovers. Die historische Herleitung, die Esping-Andersen selbst für seine Typologie anbietet (1990: 29ff.), hält näherer Betrachtung nicht stand – sie erscheint nicht als Erklärung, sondern eher als „post-hoc description“ (Iversen 2006: 609). Und die verschiedenen alternativen Erklärungsansätze, die in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsliteratur angeboten werden (etwa der power-resources Ansatz; vgl. Huber/Stephens 2001, Korpi 2006), sind ebenfalls nicht in der Lage, uns die historische Genese der ‚drei Welten‘ plausibel zu machen (s. u.).

Dabei kann die Unterscheidung der drei Wohlfahrtsstaatsregime als empirisch bestätigt und als in der Forschung gut bewährt gelten. Ob man Formen des Strukturwandels von der industriellen Gesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft untersucht, die unterschiedliche Beschäftigungsperformanz westeuropäischer Ökonomien analysiert (Scharpf 1997), ob man verschiedene makroökonomische Strategien der Verbindung von Vollbeschäftigung, Lohngleichheit und Budgetausgleich betrachtet (Iversen/Wren 1998), ob man Muster der Einkommensungleichheit erklären will (Korpi/Palme 1998): immer wieder findet sich die ‚Drei Welten‘-Heuristik im Wesentlichen bestätigt. Zugleich hat die umfangreiche Literatur, die versucht hat, das grundlegende Dreierschema um weitere Wohlfahrtsstaats-typen zu ergänzen (etwa um den südeuropäischen Wohlfahrtsstaat oder um den Wohlfahrtsstaat der ‚Antipoden‘ Australien und Neuseeland; vgl. Castles 1989, Castles/Mitchell 1992, Ferrera 1996, 1997), die Geltung der Esping-Andersenschen Re-

gimtypologie für den Kernbereich jener europäischen Länder nie in Zweifel gezogen, für die sie vor allem entwickelt worden war. Alles in allem ist also die These von den drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus ungemein erfolgreich, doch herrscht weiter Unklarheit über die genauen Gründe ihres Erfolgs.

In diesem Beitrag entwickle ich ein Argument, das in der Lage ist, der Esping-Andersenschen Regimety-pologie eine historisch-kausale Fundierung zu geben. Das Argument besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil verweist – in Übereinstimmung mit neueren Debattenbeiträgen – auf die Bedeutung von Wahlsystemen für die politische Repräsentation von sozio-ökonomischen Interessenlagen, also insbesondere auf die unterschiedlichen Konsequenzen von Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen für die parteipolitische Interessenrepräsentation von Arbeiterschaft und Mittelklasse. Verhältniswahlsysteme – so die These – führen zu Parteiensystemen, in denen Wohlfahrtsstaatskoalitionen aus Arbeiterschaft und Mittelklasse möglich und dann auch häufig realisiert werden; Mehrheitswahlsysteme und die durch sie produzierten Zwei-Parteien-Systeme hingegen erlauben solche Koalitionsbildungen im Regelfall nicht (Iversen/Soskice 2006). Das Auseinandertreten von residualem (liberalem) und generösem (nicht-liberalem) Wohlfahrtsstaat lässt sich mithin mit den unterschiedlichen Wahlsystemen erklären, die in Ländern mit liberalen und nicht-liberalen Wohlfahrtsstaaten vorherrschen. Wollen wir aber die Unterschiede zwischen den beiden generösen Spielarten des Wohlfahrtsstaates – zwischen dem nordischen/sozialdemokratischen und dem kontinentalen/konservativen Regime – erklären, d. h., die Unterschiede zwischen den Wohlfahrtsstaaten *innerhalb* der Ländergruppe mit Verhältniswahlsystem, so ist entscheidend, dass sich die dominanten gesellschaftlichen Konfliktlinien in den skandinavischen und kontinentaleuropäischen Ländern grundlegend voneinander unterscheiden. Während in Skandinavien neben der basalen sozio-ökonomischen Spaltungslinie zwischen Arbeit und Kapital ein Stadt/Land-Konflikt virulent geworden ist, sind auf dem Kontinent neben dem grundlegenden Links/Rechts bzw. Arbeit/Kapital-Konflikt, der sich in allen entwickelten Industrieländern im Parteiensystem manifestiert, auch Staat/Kirche-Konflikte politisch prägend geworden. Als Folge unterscheiden sich die nordischen und die kontinentalen Parteiensysteme dahin gehend, dass in den Parteiensystemen Schwedens, Dänemarks, Norwegens und Finnlands Agrarparteien eine wichtige Position eingenommen haben (die auf dem Kontinent

fast vollständig fehlen), während in den Parteiensystemen der kontinentalen Länder Parteien des ‚religious defence‘ (Christdemokratische Parteien) eine zentrale Position besetzen. Solche Parteien spielen wiederum in den nordischen Ländern keine oder eine nur marginale Rolle. Dies führt zu der nachfolgend vertretenen These, dass – pointiert formuliert – der nordische Wohlfahrtsstaat historisch das Resultat einer ‚rot-grünen‘ Koalition aus Sozialdemokratie und Agrarparteien ist, während der kontinentale Wohlfahrtsstaat das Resultat einer ‚rot-schwarzen‘ Koalition aus Christ- und Sozialdemokratie ist. Mitunter haben hegemoniale Christdemokratische Parteien wie in Italien aber auch den Wohlfahrtsstaat weitgehend ohne das Zutun einer sozialdemokratischen Partei ausgebaut – insbesondere dort, wo die Linke in Sozialisten und Kommunisten gespalten war und die Kommunisten in den entscheidenden Nachkriegsjahrzehnten von der Macht ferngehalten wurden.

Mein Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst rekapituliere ich kurz die historische Erklärung, die Esping-Andersen selber uns in seinem einflussreichen 1990er Buch *The Three Worlds of Welfare Capitalism* für seine ‚Drei-Welten‘-These anbietet und unterziehe dieser Erklärung einer kurzen Kritik. Anschließend referiere ich ein neueres Argument über politische Klassenkoalitionen in Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen (Abschnitt 2.). Abschnitt 3. verbindet das Argument über den Effekt von Wahlsystemen mit einem Argument über gesellschaftliche Spaltungslinien in den Ländern Westeuropas. Der Abschnitt argumentiert, dass unterschiedliche gesellschaftliche Spaltungslinien die grundlegenden Unterschiede zwischen dem kontinentalen und dem skandinavischen Parteiensystem erklären können. Als Folge ergeben sich deutliche Unterschiede in der Regierungsbeteiligung und den Stimmenanteilen von Christdemokratischen Parteien bzw. Agrarparteien in Kontinentaleuropa und Skandinavien, während der Erfolg sozialdemokratischer Parteien zwischen Europas Norden und Europas Kontinent nicht vergleichbar deutlich variiert. Ich skizziere in Abschnitt 3. auch einige der institutionellen Folgen, die die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatskoalitionen für den nordischen und den kontinentalen Regimetypus haben. Eine Diskussion einiger Implikationen des hier vertretenen Arguments schließt den Beitrag ab (Abschnitt 4.).

## 2. Wahlregeln, die Mittelklasse und wohlfahrtsstaatliche Unterstützungscoalitionen

Esping-Andersen entwickelt seine Theorie politischer Wohlfahrtsstaatskoalitionen in Abgrenzung zu der in den 1970er und 1980er Jahren dominierenden neo-marxistischen Theorie, die den Wohlfahrtsstaat als Produkt der politischen Kämpfe der Arbeiterklasse interpretiert, dem sogenannten left power resources- oder labor mobilization-Ansatz. Die Variationen in der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates werden aus dieser Perspektive vor allem mit der variierenden Stärke der Arbeiterbewegung erklärt (Korpi 1978, Stephens 1979, Korpi 1983, Huber/Stephens 2001, Korpi 2006). Gemessen als Stimm- und Sitzstärke linker Parteien, als (kumulierte) Jahre ihrer Regierungsbeteiligung und/oder als gewerkschaftlicher Organisationsgrad wird von dem power resources-Ansatz die Stärke der Arbeiterbewegung als der wichtigste Einzelfaktor für die Formierung und Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates angesehen (die wiederum häufig in der Form von Sozialstaatsausgaben gemessen werden).

Doch Sozialdemokratische Parteien haben in Parlamentswahlen nur in seltenen Ausnahmefällen mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten und waren fast nie in der Lage, auf sich allein gestellt eine Regierung zu bilden. Sie waren fast immer auf Koalitionspartner angewiesen oder doch zumindest auf die parlamentarische Tolerierung von sozialdemokratischen Minderheitskabinetten durch andere Parteien (Przeworski/Sprague 1986). Diese Kritik am power resources-Ansatz führt Esping-Andersen dazu, die Geschichte des Wohlfahrtsstaats als Geschichte von politischen Klassenkoalitionen zu rekonstruieren, denn mit der von Nation zu Nation unterschiedlichen Stärke der Arbeiterbewegung allein können die Unterschiede in der institutionellen Gestalt und Großzügigkeit des Sozialstaats nicht schlüssig erklärt werden. Deswegen heißt es bei Esping-Andersen schon auf Seite 1 geradezu programmatisch: „the history of political class coalitions [is] the most decisive cause of welfare state variations“ (Esping-Andersen 1990: 1). Eine zentrale Implikation dieses koalitionstheoretischen Erklärungsansatzes ist die Betrachtung von distinkten sozialstaatlichen Modellen und Regimen anstatt eines graduellen Mehr-oder-Weniger an Wohlfahrtsstaatlichkeit aufgrund der graduellen Unterschiede in der Stärke der Arbeiterschaft (Shalev 2006). Dies lenkt den Blick zugleich weg von den reinen Staatsausgaben für Sozialprogramme hin zu anderen

Maßzahlen, mit denen die spezifischen Wirkungen des Wohlfahrtsstaats erfasst werden können (etwa dem Dekommodifizierungsindex; vgl. Scruggs/Alan 2006).

Zur Erklärung der drei Regime hebt Esping-Andersen drei Faktoren besonders hervor: die Mobilisierung der Arbeiterklasse, politische Klassenkoalitionen und nationale Pfade der Staatsbildung (Esping-Andersen 1990: 29). Hinsichtlich des ersten Faktors beiläufig sich Esping-Andersen zu versichern, dass die Stärke der Arbeiterklasse allein nicht viel zur Varianzerklärung beiträgt: „It is a historical fact that welfare state construction has depended on political coalition-building. The structure of class-coalitions is much more decisive than are the power resources of any single class“ (ebd.: 30). Aber von welchen Klassenkoalitionen werden die drei Wohlfahrtsstaatsregime getragen? Esping-Andersen skizziert in dem ersten Kapitel seines Buchs in wenigen Absätzen die historische Entwicklung der drei unterschiedlichen Regimetypen als Geschichte der gelungenen oder aber missglückten Integration der Mittelklasse in eine Koalition der Wohlfahrtsstaatsbefürworter. Für den skandinavischen Wohlfahrtsstaat betont er die anfängliche Bedeutung einer Koalition aus Agrarparteien und Sozialdemokratie, die in den Nachkriegsdekaden sukzessive um die urbane Wählerschaft ergänzt wurde, die Interesse an einem Wohlfahrtsstaat entwickelte „that provided benefits tailored to the tastes and expectations of the middle classes“ (ebd.: 31). Im angelsächsischen Regimetypus jedoch gelang nach Esping-Andersen diese Inklusion der Mittelklasse nicht – ohne dass wir die genauen Gründe hierfür erfahren. In den angelsächsischen Ländern „the new middle classes were not wooed from the market to the state“ und deswegen entwickelten diese Länder lediglich ein residuales Wohlfahrtsstaatsmodell (ebd.: 31). Soziale Sicherheit im liberalen Wohlfahrtsstaatsregime hat daher eine ‚dualistische‘ Struktur. Der Sozialstaat ist nur für die wirklich Bedürftigen, die untersten Einkommenschichten, zuständig, alle darüber hinausgehenden Wünsche nach Status- und Einkommenssicherung der mittleren und höheren Schichten werden über den Markt (bspw. Lebensversicherungen) und die Unternehmen (bspw. Betriebspensionen) befriedigt (vgl. ebd.: 31). Der kontinentale Wohlfahrtsstaat wiederum schließt die Mittelklasse mit ein, doch aus – wiederum nicht besonders gut erläuterten – ‚historischen Gründen‘ führte diese Konstellation zu einem im Vergleich mit Skandinavien anderen Ergebnis: „Developed by conservative political forces, these regimes institutionalized a middle-class

loyalty to the preservation of both occupationally segregated social-insurance programs and, ultimately, to the political forces that brought them into being“ (ebd.: 31f.).

Dies ist eine insgesamt unbefriedigende Herleitung der drei Regimetypen, die historische Skizze ähnelt mehr einer „post-hoc description“ (Iversen 2006: 609) als einer wirklichen Erklärung, insbesondere weil Esping-Andersen uns keine systematischen Gründe dafür nennen kann, warum in einigen Ländern die Mittelklasse ein politisches Interesse am Wohlfahrtsstaat entwickelt, in anderen Ländern hingegen nicht. Vor kurzem haben Torben Iversen und David Soskice ein Erklärungsmodell vorgeschlagen, das genau hierfür eine systematische Erklärung liefern kann (Iversen/Soskice 2006). Der zentrale Erklärungsfaktor bei Iversen und Soskice ist das Wahlsystem. Bei Gefahr der Karikatur ihres Ansatzes lässt sich ihr Argument ungefähr wie folgt zusammenfassen: In ihrem simplen, stilisierten Modell gibt es drei Klassen (Unter-, Mittel- und Oberklasse), ein System der Besteuerung und Umverteilung zwischen diesen Klassen, das nicht-regressiv ist (d. h., das eine Umverteilung ‚von unten nach oben‘ ausschließt), und schließlich ein Wahlsystem, das zwei mögliche Ausprägungen besitzt – die Mehrheits- oder die Verhältniswahl. Ihr simples Modell hat zwei Gleichgewichte: In einem Mehrheitswahlsystem bilden sich zwei Parteien (*Duvergers Gesetz*; vgl. Neto/Cox 1997): eine Mitte-Links- und eine Mitte-Rechts-Partei. Die Unterklasse wählt links, die Oberklasse wählt rechts. Entscheidend wird somit das Wahlverhalten der Mittelklasse. Wählt sie links, so muss sie befürchten, dass eine linke Regierung sowohl Ober- als auch Mittelklasse besteuert, während vornehmlich die Unterklasse von der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung profitiert. Wählt die Mittelklasse hingegen eine rechte Partei, so fallen wohlfahrtsstaatliche Umverteilung und Besteuerung gering aus. Die Wahl, vor der die Mittelklasse in einem Zwei-Parteien-System steht, läuft also – zugespitzt – darauf hinaus, zwischen einer Situation zu wählen, in der sie besteuert wird, aber nicht in den Genuss wohlfahrtsstaatlicher Transfers kommt, und einer Situation, in der sie nicht oder nur geringfügig besteuert wird und ebenfalls keine wohlfahrtsstaatlichen Transfers erhält. Es ist offensichtlich, wie sich die Mittelklasse in einer solchen Situation entscheidet.

Wird jedoch nicht nach dem Mehrheitswahlsystem, sondern nach Verhältniswahl gewählt, hat das Parteiensystem im Regelfall mehr als zwei Parteien. Nun können genuine Mittelklasseparteien zusam-

**Tabelle 1** Wahlsysteme und Regierungsbeteiligung linker und rechter Parteien in 17 OECD Ländern 1945-1998<sup>1</sup>

		Parteilpolitische Ausrichtung der Regierung		Anteil konservativer Regierungen an allen Regierungen
		Linke Regierung	Konservative Regierung	
Wahlsystem	Verhältnisswahl	342 (8)	120 (1)	0.26
	Mehrheitswahl	86 (0)	256 (8)	0.75

men mit Parteien der Arbeiterklasse (Sozialdemokratie) Koalitionen bilden, die sich glaubhaft auf ein Programm verpflichten, das vorsieht, die Oberklasse zu besteuern und mit dem generierten Staatseinkommen wohlfahrtsstaatliche Transfers sowohl an die Unter- als auch an die Mittelklasse zu finanzieren. Die Mittelklasse wählt diese Parteien, öfter als in Ländern mit Mehrheitswahlssystem sind daher nun linke Parteien (in Koalition mit Mittelklasse-Parteien) an der Regierung, die Umverteilung ist stärker, der Wohlfahrtsstaat ist großzügiger und schließt die Mittelklasse ein.

Insgesamt bieten uns Iversen und Soskice eine äußerst elegante Erklärung für eine seit längerem bekannte empirische Regelmäßigkeit: Linke Parteien sind in Ländern mit Verhältniswahl deutlich häufiger an der Regierung beteiligt als in Ländern mit Mehrheitswahl. Tabelle 1 gibt die Regierungsjahre linker oder rechter Parteien für 17 OECD-Länder zwischen 1945 und 1998 nach Wahlsystem getrennt wieder, wie sie Iversen und Soskice (2006: 166, Table 1) berichten. Die Zahlen in Klammern geben auf Länderebene die Zahl der Länder an, in denen überwiegend, also für mehr als die Hälfte der Zeit, linke oder rechte Regierungen an der Herrschaft waren.

Iversen und Soskice bieten uns somit ein schlankes, elegantes Modell für genau dasjenige Erklärungselement, das bei Esping-Andersen fehlt: Sie erklären uns, warum die Mittelklasse in einigen Ländern Teil

der Wohlfahrtsstaatskoalition wird, in anderen Ländern hingegen nicht. Die zentrale Annahme, auf der ihr Modell basiert, ist die Unfähigkeit von Mitte-Links Parteien, sich glaubhaft auf Positionen des ‚Median-Voter‘ zu verpflichten. Diese Probleme glaubwürdiger Selbstbindung bestehen hingegen – so die Annahme – bei Koalitionsregierungen nicht in einem vergleichbaren Ausmaß. Es gibt in der Tat sehr plausible Argumente dafür, dass die Funktionsweise von Parteienkoalitionen sich grundlegend unterscheidet von der von Parteien, die selbst als breite Koalitionen verschiedener Interessenströmungen oder unterschiedlicher Klassenlagen zu verstehen sind.

Wenn wir mit Hilfe des Iversen/Soskice-Modells erklären können, warum einige Wohlfahrtsstaaten stärker umverteilen als andere und warum die Mittelklasse einmal Teil der Wohlfahrtsstaatskoalition wird und einmal nicht, so stößt der Erklärungsbeitrag der beiden Autoren doch auch an Grenzen, denn es ist ja nicht allein das schiere Volumen der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung, das uns interessieren soll. Es gehört zu den bleibenden Verdiensten von Esping-Andersens Analyse, dass sie plausibel dargelegt hat, dass das reine Ausmaß der staatlichen Sozialausgaben nicht im Mittelpunkt unseres Interesses stehen sollte: „It is difficult to imagine that anyone struggled for spending *per se*“ (Esping-Andersen 1990: 21). Von weitaus größerer Bedeutung ist die Frage, *wie* die wohlfahrtsstaatlichen Transfers ausgestaltet sind, *zu welchem Zweck* sie eingesetzt werden und *welche sozio-ökonomischen Effekte* sie gezeigt haben. Die Welt der großzügigen, umverteilenden Wohlfahrtsstaaten besteht, wie von Esping-Andersen überzeugend gezeigt, aus mindestens zwei sich deutlich voneinander unterscheidenden Regimetypen, dem kontinental-konservativen und dem skandinavisch-sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsmodell. Lässt sich aber die dualistische Konzeption von Iversen und Soskice, die nur großzügige und weniger großzügige Wohlfahrtsstaaten kennt, verbinden mit den

<sup>1</sup> Ob Stimmenanteile oder Jahre der Regierungsbeteiligung die bessere Maßzahl zur Erfassung der politischen Bedeutung der Agrarparteien in Skandinavien ist, bleibt eine offene Frage. Da Minderheitsregierungen in Skandinavien häufig sind und häufig Agrarparteien sozialdemokratische Minderheitskabinette toleriert haben, steht die Maßzahl ‚Jahre der Regierungsbeteiligung‘ in der Gefahr, den Einfluss der Agrarparteien tendenziell zu unterschätzen. Die entsprechende Variable bei Huber/Stephens (2001) überschätzt daher vermutlich den Einfluss der skandinavischen Sozialdemokratie erheblich (s. u.).

„three worlds of welfare capitalism“ von Esping-Andersen?

Ich glaube, dass eine solche Verbindung in der Tat möglich ist. In diesem Zusammenhang wird bedeutsam, wie die gesellschaftlichen Spaltungslinien in Europa darauf eingewirkt haben, welche Parteien in den Ländern mit Verhältniswahlssystem die Mittelklasse repräsentieren. Wir können also nicht nur mit der Anzahl der Parteien argumentieren, sondern müssen die Unterschiede zwischen den in den Parteiensystemen jeweils präsenten Parteifamilien berücksichtigen. Unterschiede in der Zusammensetzung der nationalen Parteiensysteme erklären sich – wie Stein Rokkan überzeugend aufgewiesen hat – aus den unterschiedlichen Konfliktlagen, die zum Zeitpunkt der Massendemokratisierung der westlichen Gesellschaften strukturprägend geworden sind (vgl. Lipset/Rokkan 1967): ein Staat/Kirche-Konflikt im Gefolge der ‚nationalen Revolution‘ auf dem Kontinent und ein Stadt/Land-Konflikt in Skandinavien im Gefolge der ‚industriellen Revolution‘ (Rokkan 1999). Es ist dieses Argument, das ich im folgenden Abschnitt näher ausführen möchte.

### 3. Gesellschaftliche Spaltungslinien, Parteifamilien und Koalitionsmuster in Skandinavien und auf dem Kontinent

Ich gehe davon aus, dass Iversen und Soskice in ihrer Erklärung parteipolitischer Umverteilungskoalitionen sehr zu Recht die Bedeutung des Wahlsystems betonen. Ein Mehrheitswahlssystem führt zu einem Zweiparteiensystem (Duverger’s Law); in ihm wählt die Mittelschicht tatsächlich häufiger die Mitte-Rechts Partei, konservative Regierungen sind in diesen Ländern häufiger anzutreffen als sozialdemokratisch geführte Regierungen, die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung bleibt insgesamt begrenzt. In einem Zweiparteiensystem ist im Wesentlichen nur ein politischer Cleavage repräsentiert: die basale Links/Rechts-, Kapital/Arbeit-Spaltungslinie, die in allen entwickelten Industrieländern dominant ist. Alle anderen Spaltungslinien werden ‚absorbiert‘ bzw. in den basalen Links/Rechts-Konflikt inkorporiert. Ein gutes Beispiel für diese Inkorporation bietet der starke Konflikt zwischen der Anglikanischen Hochkirche und dem protestantischen Dissent über die Trennung von Staat und Kirche (Disestablishment der Anglikanischen Kirche), der in England im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die dominante politische Konfliktlinie zwischen den Tories und Gladstones Liberal Party darstellte

(Parry 1986). Dieser Konflikt wurde jedoch in den Hintergrund gedrängt, als das Aufkommen der Labour Party zwischen 1890 bis 1920 die Liberalen zunehmend an den Rand des Parteiensystems drückte. Der protestantische Dissent verlor seine Repräsentation im Parteiensystem und wurde nun *innerhalb* der beiden großen Parteien, der Tories und der Labour Party, bedeutsam. Insbesondere beeinflusste der britische Nonkonformismus nachhaltig die sozialpolitische Programmatik von Labour (vgl. Pelling 1965, Caterall 1993), was zeigt, dass die Bedeutung anderer als der basalen sozio-ökonomischen Spaltungslinien in Mehrheitswahlsystemen nicht irrelevant wird, nun aber *innerhalb* der Parteien zum Ausdruck kommt.

In Verhältniswahlssystemen hingegen repräsentiert eine größere effektive Zahl an Parteien mehr als die eine politische Konfliktdimension, die man in allen Industrieländern antrifft. Welche zusätzlichen Konfliktdimensionen jedoch des Näheren im Parteiensystem repräsentiert sind, hängt von den gesellschaftlichen Spaltungslinien zum Zeitpunkt der Massendemokratisierung der betreffenden Länder ab. Und es ist hier, wo der zentrale Unterschied zwischen den skandinavischen und den kontinental-europäischen Ländern relevant wird. Während es in den homogen protestantischen Ländern Nord-europas, in denen zudem die Lutherische Staatskirche eng mit dem Nationalstaat verwoben war, im Zuge der nationalen Revolution zu keinem grundlegenden Staat-Kirche Konflikt kommt und dieser daher hier auch nicht im Parteiensystem repräsentiert und ‚eingefroren‘ wird, wird genau dieser Konflikt zwischen dem aufstrebenden Nationalstaat und der katholischen Kirche für die Parteiensysteme Kontinentaleuropas strukturprägend. Die Abwesenheit eines Staat/Kirche-Konflikts hängt zunächst mit der konfessionellen Homogenität der nordischen Länder zusammen: „All the Nordic countries belong to (and, indeed, collectively constitute) Europe’s sole mono-confessional Protestant region“ (Madeley 2000: 29). Die Lutherischen Staatskirchen in Skandinavien fühlten sich darüber hinaus anders als die katholische Kirche in Kontinentaleuropa durch einen aufstrebenden Nationalstaat nicht existentiell herausgefordert, der nun Verantwortung für diejenigen Bereiche reklamierte, die zuvor unbestritten zur zentralen kirchlichen Verantwortungsprärogative gezählt wurden: die Bildung in den Konfessionsschulen und die soziale Fürsorge in den kirchlichen Sozialeinrichtungen (Manow 2004, Kersbergen/Manow 2008). In den skandinavischen Gesellschaften war die Identifikation zwischen Nationalstaat und Staatskirche ohne-

hin nahezu „total“ (Gustafsson 2003: 51), und für die Kirchen gab es daher wenig Veranlassung, gegen die Übernahme von zuvor in kirchlicher Verantwortung liegender Aufgaben durch den Staat zu protestieren.<sup>2</sup> Anti-Klerikalismus wurde nie zu einer nennenswerten politischen Strömung in Skandinavien, ganz im Gegensatz zu Ländern wie Italien, Frankreich oder Spanien.

Eine Spaltungslinie, die hingegen politisiert und ‚parteiisiert‘ wurde, war der Konflikt zwischen Stadt und Land, zwischen agrarischem und industriellem, erstem und zweitem Sektor. Eine erst vergleichsweise spät einsetzende Industrialisierung führte dazu, dass in den Ländern Skandinaviens der Agrarsektor zum Zeitpunkt ihrer Massendemokratisierung (und auch noch lange danach) immer noch einen ganz erheblichen Beschäftigungsanteil besaß, was die Herausbildung von Parteien erklärt, die sich der Vertretung der agrarischen Interessen verschrieben. Wir finden in den skandinavischen Parteiensystemen und nirgendwo sonst in Europa starke Agrarparteien, die in der Nachkriegszeit substantielle Stimmenanteile für sich verbuchen konnten (vgl. Grofman/Lijphart 2002). Die Finnische Bauernunion (*Malaisliitto*), die sich im Jahr 1965 in Zentrumsparterie umbenannte, gewann in allen Wahlen zwischen 1945 und 1970 zwischen 21 und 24 Prozent der Stimmen. Noch in den 1970er und 1980er Jahren betrug ihr Stimmenanteil nie unter 17 Prozent, in den Parlamentswahlen von 1991 wurden sie gar zu größten Partei mit annähernd 25 Prozent Stimmanteilen, drei Prozentpunkten mehr als die finnische Sozialdemokratie (vgl. Caramani 2000: 275ff.). Etwas weniger erfolgreich, aber dennoch mit einer starken Stellung im schwedischen Parteiensystem, präsentiert sich der Bondeförbundet, die schwedische Agrarpartei, die sich im Jahr 1957 ebenfalls in Zentrumsparterie (*Centerpartiet*) umbenannt. Sie gewinnt zwischen 12 und 16 Prozent der Stimmen in den 1950er und 1960er Jahren, konnte in den 1970er Jahren ihren Stimmenanteil sogar noch wesentlich auf bis zu 25 Prozent steigern, was

sie zur zweitstärksten Partei hinter den schwedischen Sozialdemokraten machte. In den 1980er und 1990er Jahren hingegen verliert sie an Stärke und erreicht zwischen 15 Prozent in den frühen Achtzigern und lediglich 5 Prozent in den späten Neunziger Jahren. Die Norwegische *Bondepartiet* (seit 1961 *Senterpartiet*, Zentrumsparterie) ist kleiner als ihre schwedische oder finnische Schwesterpartei. Sie erreicht im Durchschnitt um die 9 Prozent in den Wahlen der 1950er und 1960er Jahre, steigert sich leicht auf über 10 Prozent in den 1970ern und erhält in den späteren Wahlen zwischen 6 und 8 Prozent der Stimmen (mit der Ausnahme der 1993er Wahl, in der die Senterpartiet 16,7 Prozent der Stimmen erhält, und damit zur drittstärksten Partei im Storting wird; vgl. Caramani 2000: 762ff.).

In Dänemark schließlich werden die Agrarinteressen zunächst vertreten durch die Liberalen, durch die *Venstre* Partei (Johansen 1986: 351), die im Jahr 1870 als Abspaltung des *Bondevennerne*, der Bauernfreunde, gegründet wurde (vgl. Caramani 2000: 204).<sup>3</sup> Während jedoch die *Venstre*-Partei eher die Interessen der Großbauern vertrat und dezidiert wohlfahrtsstaatskritisch eingestellt war, war es die Partei der ‚Radikalliberalen‘ (*det radikale Venstre*), eine Abspaltung aus dem Jahr 1905, die die Interessen der kleinen Landbesitzer vertrat (Huber/Stephens 2001: 141). Es waren vor allem die Radikalliberalen, die als Koalitionspartner mit den dänischen Sozialdemokraten für die entscheidenden sozialpolitischen Maßnahmen der Nachkriegszeit verantwortlich zeichneten, während die *Venstre*-Partei eher bürgerlichen Koalitionen beitrug.

Es ist also ein zentrales Alleinstellungsmerkmal der skandinavischen Länder, dass in ihren Parteiensystemen Agrarparteien eine wichtige Rolle spielen. Über die gesamte Nachkriegsperiode hinweg (von 1946 bis 1999) haben die Agrarparteien in Finnland, Norwegen und Schweden im Durchschnitt 20,6, 13,9, und 8,9 Prozent der Stimmen erhalten, in Dänemark erreichte die *Venstre*-Partei im Durch-

<sup>2</sup> Die Vorstellung getrennter Sphären von Staat und Kirche war generell unterentwickelt. In Schweden waren Priester Staatsbeamte, der für Kirchen zuständige Minister zugleich Oberhaupt der Staatskirche, noch bis 1858 konnte jeder, der zum Katholizismus konvertierte, des Landes verwiesen werden. Überhaupt erst in den späten 1920er Jahren verloren die Gemeinden ihr Monopol hinsichtlich der Schulerziehung und erst 1952 (!) wurde in Schweden volle Religionsfreiheit gewährt: „Nobody was henceforth forced to belong to the Church of Sweden against his or her own free will“ (Gustafsson 2003: 55, Petersson 1994: 196)!

<sup>3</sup> Caramani zählt die *radikale Venstre* nicht zur Gruppe der Agrarparteien (Caramani 2004: 181ff.), ihr ursprünglicher Charakter als Repräsentant der Kleinbauern ist jedoch unzweifelhaft. Meine grundlegenden empirischen Befunde würden sich nicht substantiell ändern, würde man die radikal-liberale Partei von der Analyse ausschließen. Historisch kann es als gesichert gelten, dass die dänischen Agrarier regelmäßig in Koalition mit der dänischen Sozialdemokratie wichtige Wohlfahrtsstaatsreformen durchgesetzt haben. Siehe etwa die Beschreibung der Kanslergade-Vereinbarung von 1933 in Luebbert (1991: s. u.).

schnitt 18,5 und die sozialliberale *radicale Venstre* im Durchschnitt 7,3 Prozent der Stimmen. Es finden sich keine vergleichbaren Zahlen für die Länder auf dem europäischen Kontinent. Allein in der Schweiz gibt es nach dem Zweiten Weltkrieg eine nennenswerte Agrarpartei, die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (seit 1971 Schweizerische Volkspartei), die in jeder Bundesratswahl nach 1945 mehr als 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte (vgl. Caramani 2004: 181). Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei war jedoch immer weitaus stärker regional konzentriert als die nordischen Agrarparteien und hat in dem an Veto-Punkten reichen und auf All-Parteien-Koalitionen basierenden politischen System der Schweiz nie einen entscheidenden sozialpolitischen Einfluss ausüben können. Daniele Caramani (2004: 184) resümiert in seiner faszinierenden Darstellung der Entwicklung der europäischen Parteiensysteme die Besonderheit der nordischen Länder wie folgt: In allen anderen europäischen Ländern „the urban-rural cleavage was incorporated into other party alignments – state church and left-right in particular – and did not give rise to specific political parties“.

Angesichts dieser bedeutenden Stellung der Agrarparteien überrascht es nicht, dass fast alle Darstellungen der Geschichte des skandinavischen Wohlfahrtsstaates die Bedeutung der Koalition zwischen Sozialdemokratie und Agrarparteien betonen (Heclo 1974, Esping-Andersen 1985, 1990: 30, Olson 1986: 5, 75, Huber/Stephens 2001: 131, 132 (für Norwegen), 134, 135, 138 (für Finnland), 141, 142 (für Dänemark)). Der Einfluss der Agrarparteien erklärt sich insbesondere aus ihrer pivotalen Stellung im Parteiensystem. Wenn nicht selbst Regierungspartei, tolerierten Agrarparteien häufig sozialdemokratische Minderheitsregierungen, insbesondere in Norwegen, Schweden und Dänemark, während die Agrarparteien in Finnland in den Nachkriegsdekaden fast ununterbrochen an der Regierung beteiligt waren (Strom 1984, Bergman 2000, Narud/Strom 2000). Die Sozialpolitik musste auch dann ihre Zustimmung finden und war daher oft auf die agrarischen Interessen zugeschnitten (s. u.).

Eine mit der Position der Agrarparteien in den skandinavischen Parteiensystemen vergleichbare Stellung nehmen die Christdemokratischen Parteien in den Parteiensystemen der kontinentaleuropäischen Länder ein. Die deutsche CDU, die niederländische CDA (*Christen Democratisch Appèl*), die österreichische ÖVP, die belgische CVP/PSC (*Parti social-chrétien* oder *Christelijke Volkspartij*), die italienische *Democrazia Cristiana* oder die Schweizer *Christlich-Demokratische Volkspartei* haben alle

ihre Wurzeln im politischen Katholizismus (wie auch die französische MRP, *Mouvement Républicain Populaire*, die sich 1945 gründet und 1964 auflöst). Sie bilden sich in Reaktion auf die vehementen Konflikte zwischen Nationalstaat und katholischer Kirche im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts – im belgischen Fall eine Reaktion auf die nationale Unabhängigkeitsbewegung der südlichen Provinzen gegen die Dominanz des protestantischen Nordens in den Vereinigten Provinzen der Niederlanden in 1830. Alle diese Länder, die spätestens mit dem Jahr 1919 das Verhältniswahlssystem eingeführt hatten, haben Parteiensysteme mit einer relativ hohen ‚effektiven Zahl‘ an Parteien (Laakso/Taagepera 1979), sie bilden mithin mehr als eine gesellschaftliche Spaltungslinie in ihrem Parteiensystem ab. Doch ist in diesen Ländern nicht der Konflikt zwischen Stadt und Land bzw. zwischen Industrie und Landwirtschaft durch Parteien repräsentiert, wie in den religiös homogenen Länder des Nordens, sondern der Staat/Kirche-Konflikt. Im Gegensatz zu den Lutherischen Staatskirchen des Nordens fühlte sich die katholische Kirche in Kontinentaleuropa von den liberalen, nationalen Eliten existenziell herausgefordert. Die nationalstaatliche Landnahme vor allem in Fragen der Schulerziehung (der niederländische *Schoolstrijd*, der französische *guerre scolaire*), aber auch in Fragen der sozialen Fürsorge und Wohlfahrt (darüber hinaus der Zivilehe) wird von der Katholischen Kirche als grundsätzliche Bedrohung empfunden. Mit der gegen den Kirchenstaat durchgeführten italienischen Nationalstaatsbildung, mit der Welle antiklerikaler Gesetzgebung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in einer Reihe westeuropäischer Länder (vgl. Gould 1999) radikalisiert sich die katholische Kirche, entwickelt einen intransigenten (ultramontanen) Katholizismus und setzt sich auch mit der Postulierung päpstlicher Unfehlbarkeit dezidiert gegen Moderne und Nationalstaat. Aus dieser Konfliktstellung zwischen Nationalstaat und katholischer Kirche am Ende des 19. Jahrhunderts entstehen in der überwiegenden Mehrzahl der kontinentaleuropäischen Staaten die Parteien des politischen Katholizismus (Kalyvas 1996).

Die einzigen Ausnahmen stellen Spanien und Portugal dar (z. T. auch Frankreich): In diesen Ländern gibt es zwar auch einen ausgesprochen vehementen Staat/Kirche-Konflikt, Antiklerikalismus ist eine politische Strömung von enormer Bedeutung, trotzdem bilden sich keine Christdemokratischen Parteien. Kalyvas (1996) erklärt dies plausibel mit dem Hinweis darauf, dass in diesen Ländern der Staat/Kirche-Konflikt die Stellung eines grundsätzlichen ‚Regimekonflikts‘ annahm, in dem sich die Kirche



auf Seite der antidemokratischen Kräfte des ancien régime stellte. Dort, wo diese antidemokratischen, antirepublikanischen Kräfte siegten (Spanien, Portugal), entfiel für das katholische Lager die Notwendigkeit der Bildung einer ‚party of religious defence‘; dort wo die republikanischen Kräfte siegten (Frankreich), verlor eine solche Partei weitgehend an politischer Akzeptanz und Legitimation. Für Frankreich ist anzumerken, dass sich im französischen Parteiensystem zumindest von 1945 bis 1964 eine elektoral zunächst auch sehr erfolgreiche christdemokratische Partei findet, die *Mouvement Républicain Populaire*, die für die Nachkriegsentwicklung des französischen Wohlfahrtsstaates eine kaum zu überschätzende Bedeutung gehabt hat (vgl. Manow/Palier 2008). Wenn somit das Scheitern einer Christdemokratischen Partei in Frankreich etwas mit der mangelnden Legitimation des politischen Katholizismus in der laizistischen französischen Republik zu tun hat, so spielt zumindest für die III. und für die V. Republik auch das Mehrheitswahlssystem (two round-two ballot system) eine ganz wichtige Rolle, was daran ersichtlich ist, dass die in der IV. Republik vorherrschende Verhältniswahl den anfänglichen Erfolg der MRP ermöglichte.

In allen anderen Ländern Kontinentaleuropas sind die Christdemokratischen Parteien sowohl hinsichtlich der Stimmanteile als auch hinsichtlich der Jahre mit Regierungsbeteiligung dominant (wenn nicht zuweilen hegemonial – wie die italienische *Democrazia Cristiana*). Christdemokratische Parteien binden sowohl bürgerliche als auch religiöse Stimmen an sich und waren daher insgesamt elektoral erfolgreicher als die Agrarparteien im Norden. Selbst wenn wir nur die Parteien des politischen Katholizismus berücksichtigen und die protestantischen Parteien wie etwa die calvinistische *Anti-revolutionäre Partei* (ARP) in den Niederlanden vernachlässigen, zeigt sich doch sofort der beeindruckende Wahlerfolg dieser Parteien des ‚religious defence‘ (Rokkan) in den Nachkriegsjahren. Die belgische *Parti social-chrétien* oder *Christelijke Volkspartij* erhielt im Durchschnitt 34,9 Prozent der Stimmen in allen Wahlen zwischen 1945 und 1999, die deutsche *Christlich-Demokratische Union* erreichte sogar 44,2 Prozent der Stimmen, die *Katholieke Volkspartij* (und später der *Ap-pel*) erhielten im Durchschnitt 28,6 Prozent im selben Zeitraum. Die *Österreichische Volkspartei* erhielt 41,5 Prozent, die Italienische DC 33,8 Prozent Stimmanteile.<sup>4</sup> Die schweizerische *Christlich-*

*Demokratische Volkspartei* erreichte 20,9 Prozent. Agrarparteien finden sich hingegen kaum, der Stadt/Land-Konflikt blieb latent und manifestierte sich nicht in Parteibildungen in den Ländern Kontinentaleuropas (mit der bereits erwähnten Ausnahme der schweizerischen *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*).

Natürlich gab und gibt es auch ‚christdemokratische‘ Parteien in Skandinavien, so die norwegische *Kristelig Folkeparti* (gegründet im Jahr 1933), die finnische Christliche Liga (*Suomen Kristillinen Liitto*, gegründet im Jahr 1958), die schwedische *Kristen Demokratisk Samling* Partei (1964) sowie die dänische *Kristeligt Folkeparti* (1970). Die norwegische *Kristelig Folkepartie* ist die früheste christdemokratische Parteigründung, und diese Partei ist dann auch in Wahlen am erfolgreichsten, doch trotzdem gilt auch für sie, dass die Christdemokratie in Skandinavien insgesamt eher unbedeutend bleibt und/oder zu spät auftaucht, um die zentralen sozialpolitischen Weichenstellungen der Nachkriegszeit nachhaltig zu beeinflussen. Diese Parteien stehen daher auch der hier getroffenen Unterscheidung zwischen den nördlichen und kontinentalen Parteiensystemen nicht entgegen. Erneut können wir auf Daniele Caramanis (2004: 191) prägnante Zusammenfassung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Parteiensystemen verweisen: „Territorial structures of the vote in European party systems are very similar with regard to the liberal, conservative, social democratic, and – to a lesser extent – communist and green party families (...). European party systems differ from each other because of the ‚deviating‘ patterns on the three dimensions for the defence of agrarian interests, the defence of regional specificities and religious differentiation – in particular that of Catholic populations in religiously mixed nations“. Und hier war es die ‚defence of agrarian interests‘, die im Norden das Parteiensystem prägte, und die ‚defence of religious interests‘, die auf dem Kontinent prägend wurde. Die systematischen Unterschiede zwischen den Parteiensystemen der nordischen und der kontinentalen Länder werden deutlich, wenn wir ihre Stimmenanteile und die Jahre ihrer Regierungsbeteiligung für die Nachkriegszeit vergleichen (siehe Tabellen 2a und 2b).

Die Tabellen 2a und 2b zeigen, dass wir den nordischen und den kontinentalen Wohlfahrtsstaat tatsächlich als Produkt zweier unterschiedlicher Koalitionsmuster verstehen können – als Resultat einer

<sup>4</sup> Wenn wir nur die Wahlen vor dem Zusammenbruch der 1. Republik und der Auflösung der *Democrazia Cristiana*

betrachten (d. h. nur die Wahlen vor 1992), steigt dieser Anteil sogar auf 37,9 Prozent.

**Tabelle 2a** Durchschnittliche Stimmenanteile von Agrarparteien, Parteien des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie in allen Wahlen zwischen 1945 und 1999<sup>5</sup>, 11 Westeuropäische Länder

	Skandinavien <sup>a</sup>	Kontinentaleuropa <sup>b</sup>
Agrarparteien	15.46	1.65
Christdemokratische Parteien	2.98	30.13 <sup>c</sup>
Sozialdemokratische Parteien	36.66	28.82 <sup>d</sup>

<sup>a</sup> Zahl der berücksichtigten Wahlen: Schweden (17), Norwegen (14), Dänemark (22), Finnland (15).

<sup>b</sup> Zahl der berücksichtigten Wahlen: Niederlanden (16), Belgien (17), Deutschland (14), Frankreich (14), Österreich (16), Schweiz (13), Italien (14)

<sup>c</sup> 34 Prozent ohne Frankreich; annähernd 35 Prozent, wenn wir nur Italiens Erste Republik betrachten.

<sup>d</sup> 32,72 Prozent ohne Frankreich und Italien.

**Tabelle 2b** Durchschnittliche Jahre der Regierungsbeteiligung von Agrarparteien, Parteien des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie 1945-1999<sup>6</sup>, 11 Westeuropäische Länder

	Skandinavien <sup>a</sup>	Kontinentaleuropa <sup>b</sup>
Agrarparteien	18.2 <sup>c</sup>	2.1
Christdemokratische Parteien	6.4	43.5
Sozialdemokratische Parteien	44.7	34.3

<sup>a, b</sup> Länder wie oben, Tabelle 2a. <sup>c</sup> die *Venstre*-Partei habe ich hier als liberale Partei kodiert, *det radical Venstre* als agrarische Partei; Außerdem wurde pro Regierung nur eine Agrarpartei berücksichtigt, so dass etwa die Jahre der gleichzeitigen Regierungsbeteiligung der Finnischen Bauernunion und der Schwedischen Volkspartei, die laut Comparative Manifesto Project beide als Agrarparteien zu gelten haben, für Finnland *nicht* zu einer Doppelzählung der Regierungsjahre von Agrarparteien geführt hat.

rot-grünen Koalition im Norden, und als Resultat einer rot-schwarzen Koalition in Kontinentaleuropa, wenn nicht – wie in Italien – eine hegemoniale Christdemokratische Partei den Wohlfahrtsstaat auch ohne sozialdemokratische Beteiligung formte. In den Ländern mit Mehrheitswahlsystem hingegen, wie in Großbritannien, führen lange Regierungszeiten konservativer Parteien zu einem liberalen, residualen Wohlfahrtsstaat.

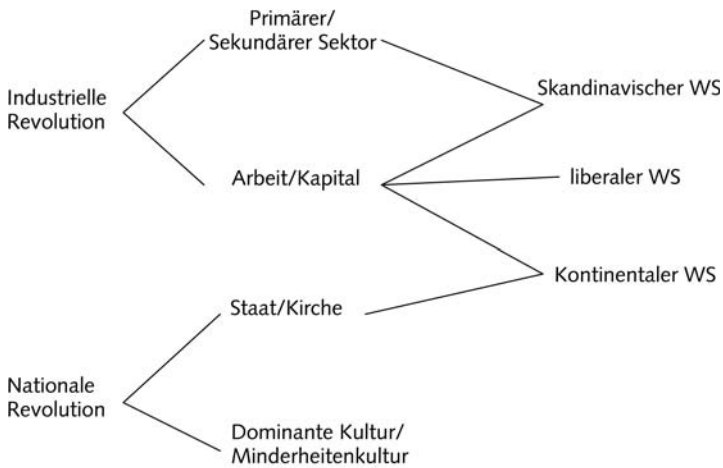
Ergänzt man das Iversen/Soskice-Modell um die Unterschiede in den gesellschaftlichen Spaltungslinien, dann kann man – so meine These – erklären, *welche Art* von Mittelklasse-Partei in Verbindung mit der Sozialdemokratie für den Ausbau des europäischen Nachkriegssozialstaates verantwortlich zeichnete, und damit auch, zu *welcher Art von Wohlfahrtsstaat* diese unterschiedlichen politischen Klassenkoalitionen geführt haben. Von Bedeutung für mein Argument ist a) dass eine religiösen Spaltungslinie in den homogen protestantischen Ländern Skandinaviens fehlte, und b) dass der Stadt/Land-Konflikt, der in Skandinavien politisiert und im Parteiensystem ‚eingefroren‘ wurde (Lipset/Rokkan 1967), genauso wie der dominante Kapital/Arbeit-Konflikt, ein *sozio-ökonomischer* Cleavage war. Anders formuliert: der Staat/Kirche-Konflikt in den kontinentaleuropäischen Ländern führt zur

Repräsentation einer eindeutig *nicht*-ökonomischen Spaltungslinie in den Parteiensystemen dieser Länder. In der Terminologie Rokkans kann man daher den nordischen Wohlfahrtsstaat als das Resultat des Zusammenwirkens zweier politischer Kräfte deuten, die ihr Entstehen beide der industriellen Revolution verdanken, während man den kontinentalen Wohlfahrtsstaat als Ergebnis des Zusammenwirkens zweier Kräfte verstehen muss, die sowohl aus der industriellen als auch aus der nationalen Revolution entstanden sind (siehe Abbildung 1; vgl. Bartolini/Mair 1990: 55ff., Ferrera 2005: 16ff.). Dies hat unter anderem Konsequenzen für die Art und Weise, mit der Prozesse des Sektorwandels in beiden Arten von Wohlfahrtsstaaten sozialpolitisch begleitet wurden (s. u.).

Die unterschiedlichen Koalitionsmuster treten ebenfalls hervor, wenn wir die Positionierung der christdemokratischen und agrarischen Parteien im politischen Raum betrachten. Wenn wir die ‚inerea-

<sup>6</sup> Bei der Parteiklassifizierung bin ich der Klassifizierung des Comparative Manifesto Projects gefolgt; vgl. Budget/Klingemann 2001. Die Jahre der Regierungsbeteiligung wurden errechnet aus Woldendorp/Keman 2000 und aus dem Data Yearbook des European Journal of Political Research. Ich bin Holger Döring für seine exzellente Unterstützung bei der Datensammlung und -aufbereitung dankbar.

<sup>5</sup> Stimmenanteile wurden berechnet nach Caramani 2000.



**Abb. 1** Gesellschaftliche Spaltungslinien nach Rokkan und Wohlfahrtsstaatsregime

se taxes versus cut spending'-Dimension in dem Expertensurvey von Kenneth Benoit und Michael Laver betrachten (Benoit/Laver 2006), die von 1 bis 20 reicht und die basale Links/Rechts-Dimension abbildet (mit 1 als dem ‚increase taxes‘- und 20 als dem ‚cut spending‘-Extrem), sehen wir, dass sowohl die kontinentalen Christdemokraten als auch die Agrarparteien im Norden ganz überwiegend deutlich ‚linker‘ sind als liberale Parteien (siehe Tabelle 3). Beide Parteitypen waren daher quasi ‚natürliche‘ Koalitionspartner der Sozialdemokratie beim Ausbau des westlichen Wohlfahrtsstaats in den ersten vier Nachkriegsdekaden. Dennoch votierten sie für sehr unterschiedliche Arten des Wohlfahrtsstaats.

Obwohl hier nicht der Platz ist, im Detail den Einfluss von Agrarparteien und christdemokratischen Parteien auf die Ausbildung des nordischen und kontinentalen Wohlfahrtsstaates darzustellen,<sup>7</sup> lassen sich doch zumindest die folgenden Punkte hervorheben: So waren die skandinavischen Agrarparteien zum Beispiel gegen einkommensdifferenzierte Sozialleistungen, die die Sozialdemokraten befürworteten (vgl. Johansen 1986, Olson 1986), sondern präferierten universale und uniforme Leistungen. Viele Kleinbauern konnten nicht auf längere

Perioden konstanter Einkommensströme zurückblicken, von denen einkommensabhängige Beitragszahlungen hätten vorgenommen werden können, und sie fürchteten daher, dass sie von einem beitragsfinanzierten, auf Versicherungsprinzipien beruhenden Sozialstaat kaum würden profitieren können (Baldwin 1990: 55ff.). Christdemokratische Parteien hatten hingegen keinen Grund, gegen einen Sozialstaat auf Sozialversicherungsbasis zu opponieren, insbesondere auch, weil beitragsfinanzierte Sozialversicherungen das Ausmaß sozialstaatlicher Umverteilung von vornherein zu begrenzen und eher auf gruppeninterne Umverteilung zu beschränken versprochen. Dies erleichterte den parteiinternen Klassenkompromiss zwischen katholischer Arbeiterschaft und katholischer Mittelschicht, den Christdemokratische Parteien zu bewerkstelligen hatten, wenn sie auf der einen Seite ihre Wähler aus der Arbeiterschaft nicht an die Sozialdemokratie verlieren wollten und auf der anderen Seite ihre Mittelschichtwähler nicht an liberale oder konservative Parteien. Für christdemokratische Parteien stand vielmehr im Vordergrund, dass der Wohlfahrtsstaat auch ein Mittel zur Stabilisierung und Subventionierung des Verbandskatholizismus sein konnte. Sie hatten daher ein besonderes Interesse an der sozialstaatlichen Subventionierung von katholischen Krankenhäusern, Altenheimen, Kindergärten und Sozialstationen – was z. T. das geringe Ausmaß der durch den Staat selbst erbrachten sozialen Dienstleistungen in den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten erklärt (vgl. Alber 1995), während diese sozialen Dienstleistungen in den nordischen Sozialstaaten tatsächlich überwiegend staatliche Dienstleistungen sind. Auch was die Steuerfinanzierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen an-

<sup>7</sup> Siehe hierfür (Kersbergen/Manow 2008). Z. T. ist die Rekonstruktion des Einflusses der Agrarparteien auf die skandinavische Sozialpolitik und die der parteiinternen Klassenkompromisse innerhalb der Parteien des politischen Katholizismus aber auch noch Gegenstand laufender Forschung an der Universität Konstanz und der Freien Universität Amsterdam im Rahmen eines Projektes, das von dem Exzellenzcluster 16 ‚Kulturelle Grundlagen der Integration‘ (im Arbeitsbereich ‚Kulturdynamik von Religion‘) der Universität Konstanz gefördert wird.

**Tabelle 3** Parteipositionen auf der ‚increase taxes versus cut spending‘-Dimension (Benoit/Laver 2006)

	Konservative Parteien	Christdemokratische Parteien	Agrarparteien	Liberale	Sozialdemokratische Parteien
Österreich		14,7 (ÖVP)		13,9 (FPÖ)	7,5 (SPÖ)
Belgien		9,4 (CDH)		14,2 (MR)	5,0 (PS)
		10,9 (CVP)		16,4 (VLD)	7,3 (SP)
Niederlande		13,3 (CDA)		16,8 (VVD)	8,1 (PVDA)
		9,7 (CU)			
Deutschland		14,4 (CDU/CSU)		18,7 (FDP)	9,3 (SPD)

ÖVP – Österreichische Volkspartei; FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs, SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs; CDH – Centre Democraté Humaniste; CVP – Christelijke Volkspartij; MR – Mouvement Réformateur; VLD – Vlaamse Liberalen en Democraten; PS – Parti Socialiste; SP – Socialistische Partij; CDA – Christen Democratisch Appèl; CU – Christelijk-Historische Unie; VVD – Volkspartij voor Vrijheid en Democratie; PVDA – Partij van de Arbeid; CDU/CSU – Christlich Demokratische Union/Christlich Soziale Union; FDP – Freie Demokratische Partei; SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

	Konservative Parteien	Christdemokratische Parteien	Agrarparteien	Liberale	Sozialdemokratische Parteien
Schweden	17,7 (MSP)		11,4 (C)	13,5 (FP)	7,1 (SAP)
Norwegen	16,8 (H)		6,3 (SP)	12,2 (V)	6,6 (DNA)
Dänemark	15,3 (KF)		10,4 (RV)	14,8 (V)	7,4 (SD)
Finnland	15,8 (KOK)		9,5 (KESK)		8,4 (SDP)

MSP – Moderata Samlingspartiet; C – Centerpartiet; FP – Folkpartiet; SAP – Socialdemokratiska Arbetarepartiet; H – Høyre; SP – Senterpartiet; V – Venstre; DNA – Det norske Arbeiderparti; KF – Konservative Folkeparti; RV – Radikale Venstre; V – Venstre; SD – Socialdemokraterne; KOK – Kansallinen Kokoomus; KESK – Suomen Keskusta; SDP – Suomen Sosialidemokraattinen Puolue.

betrif, unterscheiden sich die Interessen der Agrarparteien und der Christdemokraten deutlich. Die Bauernparteien in Skandinavien befürworteten die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates durch (zunächst indirekte) Steuern, weil sie sich hiervon versprochen, dass die Steuerlast weg von den überproportional auf die Landbesitzer fallenden Grundsteuern auf Konsumsteuern verlagert würde, eine Kostenverlagerung von den „most progressively assessed levies of the day – the direct land taxes they [the agrarians] paid to underwrite the poor-relief system“ hin zur Belastung der „consumption habits of their urban political opponents“ (Baldwin 1990: 64; vgl. Luebbert 1991: 267f.).

Darüber hinaus entspricht die fragmentierte Struktur des christdemokratischen Wohlfahrtsstaats dem Organisationsprinzip des politischen Katholizismus: Dort wo die Parteien des politischen Katholizismus klassenübergreifend mobilisierten, wurden die modernen gesellschaftlichen Interessenlagen durch eine entsprechende Binnendifferenzierung des katholischen Milieus abgebildet – es gab Vereinigungen der katholischen Bauern, des katholischen Mittelstandes, katholischer Arbeiter,

Frauen, Studenten, jeweils mit korrespondierenden Parteigruppierungen. Diese Differenzierungen des katholischen Milieus bildeten sich dann (wenn auch natürlich nicht eins zu eins) im christdemokratischen Wohlfahrtsstaat ab. Keineswegs ist seine organisatorische Fragmentierung – wie gerne behauptet wird (Esping-Andersen 1990, Huber/Stephens 2001, Korpi 2006) – eine Spätwirkung autoritärer Strategien in denjenigen Staaten, die die ersten Sozialversicherungsprogramme vor ihrer vollen Demokratisierung einführten.

#### 4. Zusammenfassung und Ausblick

Der Wohlfahrtsstaat lässt sich zweifellos als politische Antwort auf die Durchsetzung einer kapitalistischen Gesellschaft verstehen. Doch will man verstehen, warum diese Antwort von Land zu Land so unterschiedlich ausgefallen ist, finden sich hierfür in der Untersuchung der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst keine ausreichenden Gründe, denn diese markiert ja gerade das Gemeinsame in der Entwicklung der westlichen Industriestaaten.

Hier liegt für die neo-marxistische Sozialstaatstheorie (vgl. Offe 2006 [1975]) eine prinzipielle Erkenntnisgrenze.<sup>8</sup> Stattdessen tritt die Analyse der modernen Staatsbildungsprozesse und der sie begleitenden Konflikte ins Zentrum, die *nicht* auf den Kapital/Arbeit-Konflikt zurückgeführt werden können (Rokkan 1999). Langwirkende Folgen zeitigen diese Konflikte dort, wo sie sich im Parteiensystem durch Parteibildungen langfristig verfestigten (Lipset/Rokkan 1967). Hierbei spielt – so wurde in diesem Aufsatz argumentiert – eine entscheidende Rolle, ob ein Verhältniswahlsystem eine solche Verfestigung ermöglicht oder ob ein Mehrheitswahlsystem sie unterdrückt und nur die parteipolitische Repräsentation des basalen Links/Rechts-, Arbeit/Kapital-Konflikts zugelassen hat.

Es sind insbesondere zwei Konflikte, die in den Ländern von Nord- und Kontinentaleuropa, die mit nur einer Ausnahme (Frankreich) nach dem Ersten Weltkrieg alle das Verhältniswahlsystem eingeführt hatten,<sup>9</sup> wirkungsmächtig wurden: der Konflikt zwischen Stadt/Land bzw. erstem und zweitem Sektor in Skandinavien und der Staat/Kirche-Konflikt in Kontinentaleuropa. Die deutlichen Spuren dieser Konflikte sind bis heute in den Parteiensystemen des Nordens und Kontinentaleuropas zu finden – in der Form von vormaligen Agrar- und nun Zentrumsparteien in Skandinavien und in Form von Christdemokratischen Parteien in fast allen Ländern Konti-

nentaleuropas (Ausnahmen: Frankreich, Spanien, Portugal).<sup>10</sup> Wie hier argumentiert wurde, führte dies zur Bildung zweier unterschiedlicher Pro-Wohlfahrtsstaatskoalitionen – einer rot-grünen im Norden und einer schwarz-roten auf dem Kontinent.

Dieses Argument hat vielfältige Implikationen, von denen ich abschließend zwei kurz diskutieren möchte. Eine Folgerung betrifft den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und Sektorwandel (1), eine zweite die in der Wohlfahrtsstaatsliteratur übliche Form der Messung des Einflusses politischer Parteien auf die Sozialstaatsentwicklung (2).

1) Vereinbarungen zwischen Sozialdemokratie und Agrarparteien waren in Skandinavien von Beginn an auf das Problem des sektoralen Beschäftigungswandels ausgerichtet. Die Weltwirtschaftskrise, auf die viele der ursprünglichen rot-grünen Vereinbarungen reagierten, führte zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit sowohl unter der Industriearbeiterschaft als auch in der Landwirtschaft. Die zentralen Vereinbarungen der 1930er Jahre legten in den skandinavischen Ländern die Basis für jenes rot-grüne Koalitionsmuster, das dann in den drei Nachkriegsdekaden für den Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates von zentraler Bedeutung wurde. Ein gutes Beispiel für die Art von Interessenausgleich zwischen Arbeitern und Farmern bietet etwa die Dänische Kanslergade-Vereinbarung von 1933 zwischen Sozialdemokraten, den liberalen Agrariern und dem Bauernverband: „Its main features were (i) expansion of the public sector, (ii) a prohibition against strikes and lockouts and a wage freeze for one year, (iii) social welfare reforms, (iv) a 20 million kroner reduction in agricultural property taxes, (v) a reduction of agricultural interest rates and state assistance in the conversion of more costly loans, (vi) continuation of earlier debt relief programs for farmers, (vii) state subsidies for farmers who reduced their livestock inventories, and (viii) a devaluation of the krone from 18.16. to 22.50 pound per sterling“ (Luebbert 1991: 268). Ähnliche Vereinbarungen wurden in Norwegen und Schweden 1935 beziehungsweise 1933 getroffen (ebd.).

Das Problem der sozialstaatlichen Orchestrierung des Sektorwandels und der De-Industrialisierung der entwickelten Volkswirtschaften wurde in den 1950er und 1960er Jahren erneut akut (Iversen

<sup>8</sup> Diese Einschätzung wird auch nicht durch die Einsicht relativiert, dass wir verschiedene Varieties of Capitalism unterscheiden können (Hall/Soskice 2001). Vielmehr können die zwischen den nationalen Volkswirtschaften bestehenden Unterschiede in der Fähigkeit zur wirtschaftlichen Langfristkoordinierung selbst mit den Unterschieden in ihrer institutionellen Ausstattung erklärt werden, wobei die verschiedenen Formen der Wohlfahrtsstaatlichkeit zentrales Element dieser institutionellen Ausstattung ist; vgl. für Deutschland Manow 2001.

<sup>9</sup> Der Umstand, dass alle westeuropäischen Länder mit Ausnahme Frankreichs und Englands 1919 die Verhältniswahl eingeführt hatten, spricht gegen die – von Rokkan selbst getroffene – Annahme, dass die Entscheidung für oder gegen die Verhältniswahl wiederum mit der Zahl der vorherrschenden gesellschaftlichen Spaltungslinien erklärt werden könnte. Insofern ist das hier dargelegte Argument in einer zentralen Dimension auch ganz ‚un-rokkanisch‘. Hier ist nicht der Platz, die seit kurzem stark wiederbelebte Debatte über die Bestimmungsgründe für die Einführung der Verhältniswahl darzustellen; vgl. als guten Überblick siehe Benoit 2007. Vieles spricht dafür, dass es sich hier um einen mit Spaltungslinien, politischen oder ökonomischen Interessenlagen nur ganz unzureichend erklären, im Wesentlichen säkularen Prozess handelt; siehe Blais et al. 2005.

<sup>10</sup> Zur Erklärung des komplizierten Ausnahmefalls Frankreich (vehementen Staat/Kirche-Konflikt, kein Verhältniswahlsystem, keine Christdemokratische Partei, trotzdem ein generöser, ‚konservativer‘ bzw. christdemokratischer Wohlfahrtsstaat) siehe Manow/Palier 2008.

2001, Iversen/Cusack 2000), aber anders als von Iversen und Cusack unterstellt, wirkte die De-Industrialisierung nicht gleichförmig auf den nordischen und den kontinentalen Wohlfahrtsstaat – zum einen aufgrund der jeweils deutlich unterschiedlichen Beschäftigungsanteile im ersten, zweiten und dritten Sektor nach dem Zweiten Weltkrieg, zum anderen durch die unterschiedlichen Parteiensysteme im Norden und auf dem Kontinent. Überspitzt formuliert könnte man sagen, dass die sozialstaatliche Antwort auf den massiven Beschäftigungsverlust im *Agrarsektor der nordischen Länder in den 1950er und 1960er Jahren* unter Beteiligung der Agrarparteien vollzogen wurde, während die staatliche Reaktion auf den massiven Arbeitsplatzverlust *im Industriesektor in den kontinentalen Ländern in den 1970er und 1980er Jahren* wesentlich durch christdemokratische Parteien bestimmt wurde. Dies legt es nahe, die Debatte über die Bedeutung der De-Industrialisierung für den westeuropäischen Wohlfahrtsstaat im Lichte des hier vertretenen Arguments erneut aufzunehmen.

2) Hinsichtlich der Frage, wie der Parteeinfluss auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung am besten zu messen ist, bieten Evelyne Huber und John Stephens (2001) in ihrer einflussreichen Studie über die Entwicklung und Krise des Wohlfahrtsstaat (vgl. Huber et al. 1993) eine besonders ausführliche und reflektierte Diskussion. Sie plädieren dafür, Parteeinfluss über jährlich kumulierte Kabinettsanteile zu messen, weil damit – so Huber/Stephens – die langfristigen Auswirkungen parteipolitischer Mehrheitsverhältnisse am besten erfasst werden könnten, denn Parteeinfluss vermittelt sich nach ihrer Sicht gerade langfristig: „it is clear that one would not hypothesize that it was only the partisan cabinet share the year before or the average of the previous few years that should determine the level of expenditures or employment in a given year, but the rather the cumulative cabinet share over a long period of time“ (Huber/Stephens 2001: 61). Auf der Basis der Messung kumulierter Jahre der Regierungsbeteiligung (gewichtet mit dem Ressortanteil oder den Parlamentssitzen der betreffenden Partei im jeweiligen Jahr) kommen Huber und Stephens zu einem der zentralen Befunde ihrer Studie: “the dominant political coloring of the incumbent government – social democratic, Christian democratic, or secular center right – over the three or four decades after the war is the most important determinant of the kind of welfare state that a given country had in the early 1980s; its generosity, the structure of its transfer payments, and the type and volume of services it offered“ (ebd.: 1).

Im Lichte der hier betonten Bedeutung von *Koalitionsbildungen* erscheint dies als eine problematische These. Es ist unplausibel, allein der ‚dominanten parteipolitischen Färbung‘ einer Regierung entscheidenden Einfluss auf die Regierungspolitik zuzubilligen. In einer Koalitionsregierung kann im Normalfall keine der beteiligten Parteien überstimmt werden, faktisch hat also jede Partei – unabhängig von ihrer Größe – ein Vetorecht (Tsebelis 2002). Das Überstimmen eines Regierungspartners gelangt dort schnell an Grenzen, wo der immer mögliche Austritt aus der Koalition die Regierungsmehrheit gefährdet.<sup>11</sup> In parlamentarischen Demokratien herrscht im Kabinett das Kollegialprinzip, das eine gemeinsame Verantwortung für das Regierungshandeln etabliert. Es gibt sogar gute Gründe, von dem überproportional hohen politischen Einfluss kleinerer Koalitionsparteien auszugehen (Austin-Smith/Banks 1988, Persson et al. 2000). Alles dies spricht dafür, den Einfluss von *Regierungen*, nicht von *Parteien* zu messen, idealerweise unter Berücksichtigung der gemeinsamen Position von Koalitionspartnern auf einer einheitlichen Links/Rechts-Skala (unter Berechnung von parteipolitischen Centres of Gravity; vgl. Gross/Sigelman 1984).

Eine solche Messung des Einflusses von Regierungen müsste zudem Minderheitenregierungen angemessen berücksichtigen, die bei Huber und Stephens ebenfalls nicht berücksichtigt sind. Sie treten in den Nachkriegsjahrzehnten überdurchschnittlich häufig in Skandinavien auf. Wenn Huber/Stephens bei sozialdemokratischen Minderheitenregierungen den sozialdemokratischen Kabinettsanteil mit 1 kodieren, ignorieren sie den Einfluss jener Parteien, die über die Regierungstolerierung Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen konnten, denn es ist schwer vorstellbar, dass beispielsweise eine durch eine Agrar- oder Zentrumspartei tolerierte sozialdemokratische Minderheitsregierung eine Sozialpolitik implementieren könnte, die die Interessen dieser Agrar- oder Zentrumspartei vollständig vernachlässigt. Damit überschätzen Huber und Stephens den Einfluss der Sozialdemokratie systematisch.<sup>12</sup> Dies

<sup>11</sup> Der eher seltene Fall von largely oversized coalitions, bei der eine Partei oder mehrere Parteien ‚überflüssig‘ ist bzw. sind, wird hier nicht betrachtet.

<sup>12</sup> Die Überschätzung des Einflusses sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung auf die Entwicklung des skandinavischen Wohlfahrtsstaats ist vermutlich erheblich, weil Minderheitskoalitionen in Skandinavien sehr viel häufiger auftraten als in anderen Ländern (Strøm 1984). Kaare Strøm hat für den Zeitraum von 1945 bis 1982 einen Anteil der Minderheitenregierungen an allen Regierungen

verlangt nach einer erneuten quantitativ-vergleichenden Untersuchung des Einflusses parteipolitischer Variablen *über die Berechnung gemeinsamer politischer Positionen von Regierungskoalitionen* für die Entwicklung des Nachkriegswohlstandsstaates.

## Literatur

- Alber, J., 1995: A Framework for the Comparative Study of Social Services. *Journal of European Social Policy* 5: 131–149.
- Austen-Smith, D. / Banks, J., 1988: Elections, Coalitions, and Legislative Outcomes. *American Political Science Review* 82: 405–422.
- Baldwin, P., 1990: *The Politics of Social Solidarity. Class Bases of the European Welfare State 1875–1975*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bartolini, St. / Mair, P., 1990: Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885–1985. Cambridge: Cambridge University Press.
- Benoit, K., 2007: Electoral Laws as Political Consequences: Explaining the Origins and Change of Electoral Institutions. *Annual Review of Political Science* 10: 363–90.
- Benoit, K. / Laver, M., 2006: *Party Policy in Modern Democracies*. London: Routledge.
- Bergman, T., 2000: Sweden. When Minority Governments are the Rule and Majority Coalitions the Exception. S. 192–230 in: W.C. Müller / K. Strøm (Hrsg.), *Coalition Governments in Western Europe*. Oxford, Oxford University Press.
- Blais, A. / Dobrzynska, A. / Indridason, I., 2005: To Adopt or Not to Adopt Proportional Representation: The Politics of Institutional Choice. *British Journal of Political Research* 35: 182–190.
- Budge, I. / Klingemann, H.-D., 2001: *Mapping Policy Preferences: Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Caramani, D., 2000: Elections in Western Europe since 1815. *Electoral Results by Constituencies*. Basingstoke: Macmillan.
- Caramani, D., 2004: *The Nationalization of Politics: The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Castles, F.G., 1989: Social Protection by Other Means: Australia's Strategy of Coping with External Vulnerability. S. 16–55 in: F.G. Castles, *The Comparative History of Public Policy*. Cambridge: Polity Press.
- Castles, F.G. / Mitchell, D., 1992: Identifying Welfare State Regimes: The Links Between Politics, Instruments and Outcomes. *Governance* 5: 1–26.
- Catterall, P., 1993: Morality and Politics: The Free Churches and the Labour Party between the Wars. *The Historical Journal* 36: 667–685.
- Esping-Andersen, G., 1985: *Politics against Markets – The Social Democratic Road to Power*, Princeton: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, G., 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Ferrera, M., 1996: The „Southern Mode“ of Welfare in Social Europe. *Journal of European Social Policy* 6: 17–37.
- Ferrera, M., 1997: Introduction general. S. 15–26 in: MIRE (Hrsg.), *Comparer les Systèmes de Protection Sociale en Europe du Sud*. Paris, Ministère Affaires.
- Ferrera, M., 2005: *The Boundaries of Welfare. European Integration and the New Spatial Politics of Social Protection*. Oxford: Oxford University Press.
- Gould, A.C., 1999: *Origins of Liberal Dominance: State, Church and Party in Nineteenth-Century Europe*. Ann Arbor: Michigan University Press.
- Grofman, B. / Lijphart, A. (Hrsg.), 2002: *The Evolution of Electoral and Party Systems in the Nordic Countries*. New York: Agathon.
- Gross, D.A. / Sigelman, L., 1984: Comparing Party Systems: A multi-dimensional Approach. *Comparative Politics* 16: 463–479.
- Gustafsson, G., 2003: Church-State Separation Swedish Style. *West European Politics* 26: 51–72.
- Hall, P.A. / Soskice, D. (Hrsg.), *Varieties of Capitalism – the Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hecllo, H., 1974: *Modern Social Policy in Britain and Sweden – from Relief to Income Maintenance*. New Haven: Yale University Press.
- Huber, E. / Stephens, J.D., 2001: *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Politics in Global Markets*. Chicago London: The University of Chicago Press.
- Huber, E. / Stephens, J.D. / Ragin, Ch., 1993: Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State. *American Journal of Sociology* 3: 711–749.
- Iversen, T., 2001: The Dynamics of Welfare State Expansion: Trade Openness, Deindustrialization and Partisan Politics. S. 45–79 in: P. Pierson (Hrsg.), *The New Politics of the Welfare State*, New York: Oxford University Press.
- Iversen, T., 2006: Capitalism and Democracy. S. 601–623 in: D. Wittman / B.R. Weingast (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Economy*. New York: Oxford University Press.
- Iversen, T. / Cusack, T.R., 2000: The Causes of Welfare State Expansion. *Deindustrialization or Globalization?* *World Politics* 52: 313–349.
- Iversen, T. / Soskice, D., 2006: Electoral Institutions and the Politics of Coalitions: Why some Democracies redistribute more than Others. *American Political Science Review* 100: 165–181.

von 87 Prozent (Dänemark), 30 Prozent (Finnland), sowie 56 und 53 Prozent (Norwegen und Schweden; im Mittel von 57 Prozent für alle vier Länder) errechnet. Für die anderen elf Länder seines 15 Länder-Samples kommt er auf einen Anteil von etwa 30 Prozent.

- Iversen, T. / Wren, A., 1998: Equality, Employment, and Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy. *World Politics* 50: 507–546.
- Johansen, L.N., 1986: Denmark. S. 293–381 in: P. Flora (Hrsg.), *Growth to Limits. The Western European Welfare States since World War II*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Kalyvas, St.N., 1996: *The Rise of Christian Democracy in Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Kersbergen, K. van / Manow, Ph. (Hrsg.), 2008: *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes*. New York: Cambridge University Press.
- Korpi, W., 1978: *The Working Class in Welfare Capitalism – Work, Unions, and Politics in Sweden*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Korpi, W., 1983: *The Democratic Class Struggle*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Korpi, W., 2006: Power Resources and Employer-Centered Approaches in Explanations of Welfare States and Varieties of Capitalism. Protagonists, Consenters, and Antagonists. *World Politics* 58: 167–206.
- Korpi, W. / Palme, J., 1998: The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries. *American Sociological Review* 63: 661–687.
- Laakso, M. / Taagepera, R., 1979: Effective Number of Parties: A Measure with Application to West Europe. *Comparative Political Studies* 12: 3–27.
- Lipset, S.M. / Rokkan, St., 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. S. 1–64 in: S.M. Lipset / St. Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York: The Free Press.
- Luebbert, G., 1991: *Liberalism, Fascism and Social Democracy. Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar Europe*. New York: Oxford University Press.
- Madeley, J., 2000: Reading the Runes: The religious factor in Scandinavian electoral politics. S. 28–43 in: D. Broughton / H.-M. Napel (Hrsg.), *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London: Routledge.
- Manow, Ph., 2001: *Social Protection, Capitalist Production. The Bismarckian Welfare State and the German Political Economy, 1880–1990*. Habilitationsschrift, Universität Konstanz.
- Manow, Ph., 2004: *The Good, the Bad, and the Ugly: Esping-Andersen's Regime Typology and the Religious Roots of the Western Welfare State*. MPIfG Working Paper 3, Cologne.
- Manow, Ph. / Palier, B., 2008: *A Conservative welfare state regime without Christian Democracy? The French État Providence, 1880–1960*. In: K. van Kersbergen / Ph. Manow (Hrsg.), *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes*. New York: Cambridge University Press, impress 2008.
- Narud, H.M. / Strom, K., 2000: Norway. A Fragile Coalitional Order. S. 158–191 in: W.C. Müller / K. Strøm (Hrsg.), *Coalition Governments in Western Europe*. Oxford, Oxford University Press.
- Neto, O.A. / Cox, G.W., 1997: Electoral Institutions, Cleavage Structures, and the Number of Parties. *American Journal of Political Science* 41: 149–174.
- Offe, C., 2006 [1975]: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt: Campus.
- Olson, S., 1986: Sweden. S. 1–116 in: P. Flora (Hrsg.), *Growth to Limits. The Western European Welfare States since World War II. Volume 1, Sweden, Norway, Finland, Denmark*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Parry, J.P., 1986: *Democracy and Religion. Gladstone and the Liberal Party, 1867–1875*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pelling, H., 1965: *Origins of the Labour Party*. Oxford: Clarendon.
- Persson, T. / Roland, G. / Tabellini, G., 2000: Comparative Politics and Public Finance. *Journal of Political Economy* 108: 1121–1161.
- Przeworski, A. / Sprague, J., 1986: *Paper Stones. A History of Electoral Socialism*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Rokkan, St., 1999: State Formation, Nation Building and Mass Politics in Europe. S. 93–401 in: P. Flora / S. Kuhnle (Hrsg.), *State Formation, Nation Building and Mass Politics: The Theory of Stein Rokkan*. Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, F.W., 1997: *Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma*. MPIfG Working Paper 97/7.
- Scruggs, L. / Allan, J., 2006: Welfare-state decommodification in 18 OECD countries: a replication and revision. *Journal of European Social Policy* 16(1): 55–72.
- Shalev, M., 2006: Limits and Alternatives to Multiple Regression in Comparative Research. *Comparative Social Research* 25: 261–308.
- Stephens, J.D., 1979: *The Transition from Capitalism to Socialism, Urbana & Chicago: University of Illinois Press*.
- Strøm, K., 1984: *Minority Governments in Parliamentary Democracies – the Rationality of Non-Winning Cabinet Solutions*. *Comparative Political Studies* 17: 199–226.
- Tsebelis, G., 2002: *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Woldendorp, J. / Keman, H., 2000: *Party Government in 48 Democracies (1945–1998)*. Dordrecht: Kluwer.

**Autorenvorstellung:** Philip Manow, geb. 1963 in Hamburg. Studium der Politikwissenschaft in Marburg und Berlin. 1990 bis 1993 Promotionsstipendium am Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. Promotion an der Freien Universität Berlin 1994. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung 1993 bis 1999, ‚visiting scholar‘ am Center for European Studies der Harvard University 1999 bis 2000, Hochschulassistent an der Universität Konstanz 2000 bis 2002. Habilitation 2002 an der Universität Konstanz, Forschungsgruppenleiter am Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung 2002 bis 2007. Seit April 2007 Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz.



Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, vergleichende Politische Ökonomie, politische Korruption, Europäische Integration, deutsches Regierungssystem.

Wichtigste Veröffentlichungen: *Religion, Class Coalitions and Welfare State Regimes* (zusammen mit Kees van Kersbergen). New York: Cambridge University Press, im Erscheinen. *Im Schatten des Königs – die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*. Frankfurt: Suhrkamp, im Erscheinen. *Comparing Welfare Capitalism* (zusammen mit Bernhard Ebbinghaus). London: Routledge, 2001.